

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



### Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Betriebsangelegenheiten hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Grundzeile (Zim. No. 25) oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zim. No. 17) 60 Pfg. die 3gepaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gepaltene Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

## Die Reichskonferenz.

Berlin, 25. November. (W. L. B.) Auf der Reichskonferenz, die unter dem Vorsitz von Ebert heute vormittag zusammentrat, waren alle deutschen Staaten und die Provinz Schleswig-Holstein vertreten, mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck. Als Vertreter Preußens waren Hirsch und Ströbel, als Vertreter Sachsens Lipinski und Dr. Gradnauer, als Vertreter Schleswig-Holsteins Kirchhöfer vom 58er Ausschuss erschienen.

Die Konferenz der Bundesstaaten begann kurz nach 10 Uhr im Kongresssaal des Reichstanzlerpalais. Etwa 70 Vertreter der Freistaaten waren erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer engeren Heimat die Regierung übernommen haben, und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil in Watrosen- oder Soldatenrock. Zwei lange Tische sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und Beigeordneten Platz genommen haben.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorkonferenzpräsidenten

### Vollbeauftragter Ebert

eröffnet, der ausführte: Die Arbeit, die uns hier vereint, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialistische republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Vollbeauftragten die Exekutivgewalt haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind: schneller Frieden und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, haben sie die aller schlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen, denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos, ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden. Die Kohlenförderung muß auf der Höhe gehalten werden. Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experimente nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt. Nach genauem Studium und unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu die engste Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldiger Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Bisher muß ein Provisorium zwischen Einzelstaaten und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte sprach

### Staatssekretär Soff

über unsere Beziehungen zu den bisherigen Gegnern und den künftigen Nachbarn, wobei er die Lage des Reiches als aufs äußerste bedroht darstellte, sowohl durch den nachdenklichen Willen unserer Gegner als auch durch die separatistischen Bestrebungen im Innern. Er legte alle Hoffnung auf die heutige Versammlung, die der Reichsregierung die Berechtigung nach außen einschränkungslos anvertrauen und die Nationalversammlung so schnell wie möglich berufen müsse.

Nach ihm sprach

### Staatssekretär Erzberger

über die Waffenstillstandsverhandlungen, worauf auf Antrag des Präsidenten Eiser über beide Referate gemeinsam diskutiert wurde. Als erster sprach Eiser, der mit einem scharfen Protest gegen beide Staatssekretäre als kompromittierte Vertreter der alten Zeit begann, deren Referate nicht im entferntesten merken ließen, daß in Deutschland inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan habe.

Von den anwesenden Vertretern der Bundesstaaten sprachen ferner noch Lipinski (Sachsen), Heumann (Württemberg) und Ulrich (Hessen), Johann namens der Reichsregierung u. K. Landsberg. Allgemein kam der Gedanke zum Ausdruck, daß die

### Nationalversammlung möglichst bald

einberufen sei und daß vorher ein Provisorium in der Form eines Reichspräsidentiums geschaffen werden muß. Da sich eine große Übereinstimmung in den Ansichten ergab, glaubte man bis heute abend 7 Uhr die Beratungen zu Ende führen zu können. Die Verhandlungen wurden bis 3 Uhr unterbrochen.

### Die Nachmittagsitzung

wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorher die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern. Präsident Merz-Bräunlich wandte sich scharf gegen die Konvention. Diktatur müsse solange sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volksgorn weggewegt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz. Nach kurzer Schlusskontratsdebatte, in der Minister Hirsch behauptete, nicht im Namen Preußens gegen die Loslösung preussischer Gebietsteile protestieren zu können, wird auf Vorschlag Ebert folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1) Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme seien geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, einschließen, im Sinne der Reichseinheit zu wachen und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2) Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Pflicht der Reichsregierung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3) Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die L- und S.-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.

4) Die Reichsregierung wird ersucht, auf die schnelle Herbeiführung des Präliminarfriedens hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsamt des Innern schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern, und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt weist auf das Gefährliche der Finanzzustände des Reiches hin. Er fordert aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Ebert appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gegangen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machten es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Bravorufen dankte er und schloß er die Reichskonferenz.

### Scheidemann über die technischen Einwände gegen die Nationalversammlung.

Berlin, 26. November. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Reichskonferenz hat sich Scheidemann in einer Debattenrede auch mit den Einwänden beschäftigt, die gegen die baldige Wahl der Nationalversammlung aus technischen Gründen erhoben werden. Scheidemann schreibt im „Vorwärts“: Es wird hauptsächlich betont, daß es nahezu unmöglich sei, Wählerlisten aufzustellen, solange nicht alle Soldaten in die Heimat zurückgeführt seien. Die Soldaten dürften aber, was für mich selbstverständlich ist, nicht von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen sein. Ich halte die Wahl für möglich unter Teilnahme aller Soldaten, ohne daß in diesem besonderen Falle Wählerlisten aufgestellt werden müßten. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden gleich, geheim und direkt sein. Alle über 20 Jahre alte Männer und Frauen können nach dem Verhältnissverfahren wählen. Die politischen Parteien oder auch andere Gruppen, die sich für diese besondere Wahl etwa vereinigten wollten, können

Listen ihrer Kandidaten für ihren Wählerkreis aufstellen. Es könnte für die Ausgabe der abzugebenden Stimmzettel genügen, wenn die Parteileitungen ihre Kandidatenlisten einreichen. Die Regierung müßte dann einen einheitlichen Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen. Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel wo sie am Tage der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpaß legitimieren. Der Paß müßte nach vorgenommener Wahl abgestempelt werden, damit jeder Wahlberechtigter nur einmal wählen kann. Alle Zivilwahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte. Dem Einwand, daß in den besetzten Gebieten die Wahl kaum vollzogen werden könnte, kann ich erhebliches Gewicht nicht beimessen. Wenn es sich in dem besetzten Elsaß-Lothringen darum handelte, daß die Wähler für Deutschland oder Frankreich votieren sollten, dann ließe ich den Einwand gelten. Darum handelt es sich aber bei der jetzigen Wahl nicht. Meine Überzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution um so besser gesichert werden können, je schneller die Wahl zur Nationalversammlung stattfindet, ist von Tag zu Tag gefestigt worden.

### Die Wahlen in Dresden.

Dresden, 25. November. (W. L. B.) Amtliches Resultat der gestrigen Arbeiterratswahl. Dresden-Stadt: Liste 1: 92 849, Liste 2: 4450; ungültig 20 Stimmen. Dresden-Altstadt, Land: Liste 1: 14 190, Liste 2: 3675, ungültig 37 St. Dresden-Neustadt, Land: Liste 1: 10 527, Liste 2: 315, ungültig 2357 Stimmen, zusammen Liste 1: 117 566, Liste 2: 8440, ungültig 2414 Stimmen. Wähler entfallen auf Liste 1: 47 Vertreter, auf Liste 2: drei Vertreter. Gewählt haben 129 714 Personen. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß einige Wahlbezirke, in denen die Stimmzettel nicht rechtzeitig zur Stelle waren und deshalb die Wahl nicht pünktlich begonnen werden konnte, nicht mitgezählt werden konnten.

Die Unabhängigen werden nur drei Sitze von 50 im Arbeiterrate haben. Die „Dresd. Volksztg.“ bemerkt, das sei keine Niederlage mehr, sondern ein Grab, aus dem es kein Wiedererstehen gebe.

### Eine Gegenbewegung?

Holländische Blätter haben durch ihre Meldungen in einigen rheinischen Städten große Besorgnis hervorgerufen. Sie hatten berichtet, daß die Armee Sigt von Armin die Arbeiter- und Soldatenräte nicht anerkenne und man auf eine Gegenrevolution und einen Bürgerkrieg durch diese rückführende Armee gefaßt sein müsse. Die Armee Sigt von Armin ist inzwischen in Krefeld einmarschiert und hierbei hat sich ergeben, daß die Holländer etwas leichtsinnig den Beginn der Gegenrevolution in Deutschland angekündigt haben, denn die 4. Armee denkt nicht daran, sich gegen die Republik Deutschland und die Regierung aufzulehnen, sie scheint aber mit einem bestimmten Programm nach Deutschland gekommen zu sein, das den Extremisten freilich wenig behagen wird. Einmal hat sie selbst einen Soldatenrat gebildet und dieser hat erklärt, daß die 500 000 Frontsoldaten der 4. Armee für die Reichsregierung eintreten, in dessen jeden Terror, jede Diktatur und jeden Pogrom bekämpfen werden. Die Soldatenräte dieser Armee stellen sich auf den Boden einer demokratischen Republik, sie verlangen die baldige Einberufung der Nationalversammlung. Der Kampf der gegen Sigt von Armin eingeleitet hatte, wird, nachdem dieses bekannt geworden ist, sicherlich wenigstens bei denen verstummen, die mit den Forderungen dieser Frontsoldaten einig gehen und das ist weitauß der Mehrheit des Volkes. Es war ja von vornherein klar, daß unsere Frontsoldaten nicht daran denken, wieder die alten Zustände zu schaffen. Ihr entschiedenes Auftreten ist aber lehrreich in verschiedener Hinsicht. Es beweist uns, daß an der Front immer noch die Einheitsfront besteht und die Soldaten trotz der ausgestandenen Leiden, die durch die Revolution geschaffen sind, Freiheiten von gesundem Gesichtspunkten aus betrachten. Was sie wollen, liegt klar auf der Hand: sie wollen neben der Freiheit eine Existenzmöglichkeit in ihren Zivilberufen und sie wissen, daß diese nur möglich ist, wenn ihre Forderungen erfüllt werden; also wenn es der Regierung möglich ist, Ruhe und Ordnung zu erhalten, den Frieden zu schließen, wenn jeder Terror verhindert wird und die Diktatur unterbleibt. Sie leben begreiflicherweise die Nationalversammlung ebenfalls als das einzige, jetzt zu erstrebende Ziel an.